

Freundliche Abfuhr für Eltern

Dass es zu wenig Kitaplätze in Achim gibt, sehen die Verantwortlichen ein – haben aber keine kurzfristige Lösung

Pech gehabt. Eltern, die jetzt oder bald für ihr Kind einen Betreuungsplatz in Achim suchen, müssen sich zum Teil mit Verlegenheitslösungen begnügen – weil es einfach nicht genügend Plätze in allen Ortsteilen gibt. Das Thema kochte beim jüngsten Sozialausschuss hoch, doch den anwesenden Eltern konnten die verantwortlichen Politiker wenig Hoffnung machen – ob ein privater Träger mittelfristig helfen kann, überlegen die Fraktionen nach einem Vortrag der Klax gGmbH.

VON TINA HAYESSEN

Achim. Passende Räume, qualifizierte Erzieherinnen und vor allem Geld – das braucht es, um eine Kindertagesstätte oder einen Hort zu gründen. Zu dumm, dass es der Stadt Achim an all dem mangelt. Nach geeigneten Räumen hält die Verwaltung schon lange Ausschau, Erzieherinnen sind deutschlandweit schwer zu finden und der erst kürzlich abgenickte Haushalt ist schon mit kleinen Beträgen aus der Balance zu bringen. Das alles ist sowohl Verwaltung als auch Politik bekannt – doch das immerwährende Thema bleibt. Schließlich lässt sich der Bedarf, lassen sich die Kinder, die nun einmal da sind, nicht wegdiskutieren. Das machten in der jüngsten Sitzung des Achimer Sozialausschusses nicht zuletzt die Badener Eltern klar, die gekommen waren, um auf ihre Situation hinzuweisen.

„Wir brauchen dringend Plätze“, verdeutlichte es die Elternsprecherin der Kita Paletti. Sowohl an Kindergarten- als auch an Krippenplätzen mangle es. „Wie wollen Sie das bis zum Sommer lösen?“, fragte sie – ohne eine zufriedenstellende Antwort zu bekommen. Fachbereichsleiterin Wiltrud Ysker hatte immerhin klare Worte: „Wir wussten es“, räumte sie ein, dass sowohl Politik als auch Verwaltung das Problem längst kennen und erinnerte auch daran, dass man daran arbeite, neue Plätze zu schaffen. Doch sie hielt auch fest: „Vom Haushalt her sind keine Mittel für Baden eingeplant.“ Eventuelle Änderungen, also ein Nachtragshaushalt, fallen in die Zuständigkeit der Politiker. Mit diesen könne man



Kitas sind in Achim gefragt – gerade in Ortsteilen wie Baden, wo es viele Neubürger gibt. Doch der Platz reicht nicht aus.

FOTO: DPA

nauso verantwortlich für diese Misere, die die Eltern jetzt ausbaden müssen.“

Vor welche Probleme die Eltern diese Misere stellt, konnten diese selbst am besten ausdrücken. Ilka Engelberg, die als Elternvertreterin und beratendes Mitglied im Sozialausschuss sitzt, fasste die Situation eindrucksvoll zusammen: „Unsere Existenz steht auf dem Spiel.“ Die Eltern in den Neubaugebieten seien mit dem Kauf ihrer Häu-

allen in Berlin Kindertagesstätten – in Niedersachsen fasst die gemeinnützige GmbH gerade erst Fuß, in Neustadt am Rübenberge sowie Gehrden gibt es Klax-Einrichtungen. Die Klax-Gruppe stellte sich und ihr pädagogisches Konzept vor – aber auch von ihrer Seite gab es keine Heilsnachricht. „Wir sind keine Investoren. Wir bauen nicht selbst“, hielt Andrea Schubert von Klax fest. Bauplatz und Geld oder

ses – demnächst erweitert. Ob und wenn ja wie die Stadt und Klax miteinander ins Geschäft kommen, ist noch nicht bekannt. Die Ausschussmitglieder besprachen weitere Details – wie das bei Vertragssachen üblich ist – in nicht öffentlicher Sitzung.

ANZEIGE

„Unsere Existenz steht auf dem Spiel.“

Elternvertreterin Ilka Engelberg

in wenigen Wochen gemeinsam das Thema Kitaplätze besprechen, wenn die Verwaltung die Kindertagesstättenbedarfsplanung aktualisiert hat – also neue Zahlen auf dem Tisch liegen.

Doch die Politik sah das – zum großen Teil – offenbar anders. Anstatt konkrete Anträge zu stellen oder Vorschläge zu machen, wo und auf welche Weise doch noch Geld, Platz und Personal herkommen kann, konzentrierten sich SPD und CDU darauf, die Verwaltung anzugehen. Und sie machten deutlich, dass sie nicht warten wollen, bis es neue Zahlen gibt. „Ich will schon wissen, wohin die Reise geht“, sagte SPD-Ratsherr Bernd Junker und zeigte sich ungeduldig. Allerdings hatte der Rat die Verwaltung im Dezember durchaus selbst beauftragt, Bedarfsplanung und Standortvorschläge im ersten Quartal vorzulegen. CDU-Ratsfrau Petra Gölz ging sogar so weit, überhaupt in Frage zu stellen, dass die neuen Zahlen nützlich für die Planung sind. „Glauben Sie, dass ein Gutachten etwas ändern würde?“, fragte sie Ersten Stadtrat Bernd Kettenburg.

Dieser war ob der Vorwürfe nicht begeistert. Habe sich doch die Verwaltung in der Vergangenheit verhalten lassen müssen, eben nicht gründlich genug zu arbeiten. Man brauche verlässliche Zahlen, um „ein Konzept zu entwickeln, dass tragfähig ist“, betonte er. Bis Ende März liege die Bedarfsplanung vor, betonte Kettenburg.

Überrascht von den Vorwürfen der großen Parteien zeigten sich auch andere Politiker, etwa Lars Gagelmann (WGA). „Ich bin etwas irritiert von diesen Angriffen“, hielt er fest und nahm sich und seine Kollegen in die Pflicht. „Wir, die Politik, sind ge-

ser große Verbindlichkeiten eingegangen – man brauche meist zwei Gehälter, um die Kosten abzubehalten. Ohne zuverlässige Kinderbetreuung vor Ort, drohe im schlimmsten Fall der Jobverlust.

Konkrete und kurzfristige Hilfe konnte allerdings niemand anbieten. Allerdings hatten CDU und SPD immerhin im Vorfeld beantragt, mit der gGmbH Klax einen Träger für Kitas einzuladen. Klax betreibt vor

Räume müsse die Stadt bereitstellen. „Was für einen Vorteil hat das für Achim, was macht der Träger besser?“, fragte eine Mutter zum Abschluss der Vorstellung. Bernd Junker verwies darauf, dass ein erfahrener Träger eventuell Dinge beschleunigen kann. „Wir haben bei St. Matthias erlebt, dass es mit einem Partner besser geht“, sprach er das Beispiel der katholischen Kita an, die sich – auch dank eines Zuschus-

KOMMENTAR

Angst vor der Verantwortung

Tina Hayessen
zum Mangel an Betreuungsplätzen

Es gibt zu wenige Betreuungsplätze für Kinder in Achim. So weit, so wohlbekannt. Daran hat die jüngste Sozialausschusssitzung nichts geändert. Was SPD und CDU nicht davon abgehalten hat, die Zeit aller Anwesenden zu verschwenden. Eine gefühlte Ewigkeit diskutierte man darüber, warum man Zahlen, die die Politik selbst beantragt hat, eigentlich nicht braucht. Und die Politiker wiederholten Phrasen wie, dass „jetzt was passieren“ und man „Engagement zeigen“ müsse. Und wer muss das nun? Etwa diejenigen, die die Verantwortung tragen? Die „Große Koalition“, die sich da für einen Moment in Achim bildete, hat bei einem ganz schwachen Auftritt versucht, sich aus der Verantwortung zu stehlen.

CDU und SPD haben genügend Ratsleute, um so ziemlich alles zu beschließen – wenn es denn gewollt und möglich ist. Eine neue Kita in Baden zu bauen, hat aber keiner beantragt. Stattdessen schmolten die Politiker, weil eine Sitzung abgesagt wurde – selbst dann, wenn die Verwaltung sie auf Druck wieder einberaumt.

Dass der Bau einer neuen Kindertagesstätte nicht beantragt wurde, ist an sich völlig logisch. Denn es fehlt kurzfristig an

Geld, Platz und Personal dafür. Doch anstatt das den Eltern zu erklären, anstatt Verantwortung zu übernehmen, zeigen CDU und SPD auf andere – die Verwaltung. Das ist feige. Es ist schwer, einen Mangel zu verwalten. Es ist schwer, Eltern, die zu recht sauer sind, ins Gesicht zu blicken und zu sagen: „Wir können da kurzfristig nichts tun, es tut uns leid.“ Aber es ist das Richtige. Viel hat sich in Sachen Kita-Plätze getan, das sind Erfolge, auf die die Politiker – die der großen und kleinen Parteien – stolz sein können.

Wo lag nun also der Fehler, wer ist Schuld daran, dass nicht alle Kinder eine Betreuung in der Nachbarschaft bekommen? Niemand so recht. Natürlich, sowohl Verwaltung als auch Politik hätte wissen können, dass mit Neubaugebieten auch Kinder kommen. Doch so viele in so kurzer Zeit? Und ein so großer Anteil, der nicht daheim versorgt wird? Der genaue Bedarf war schwer abzusehen. Man hätte vielleicht großzügiger schätzen können, aber das ist im Nachhinein leicht zu sagen. Nun ist er also da, der Mangel. Das ist schlimm für die Eltern, da sollte wenigstens der Respekt bleiben, ihnen die Wahrheit zu sagen, Verantwortung zu tragen sowie hartnäckig daran zu arbeiten, dass es in Zukunft besser wird. Und zwar gemeinsam mit der Verwaltung – und nicht gegen sie.